

Politiker und Journalisten im Wahn ihrer Ideologie

Weckruf aus Göttingen

Die US-Propaganda hat die deutschen Leitmedien fest im Griff. Woran das liegt, ist geklärt, nachdem aufgedeckt wurde, daß viele der leitenden Journalisten US-Thinktanks und CIA-gesteuerten Vereinigungen nahestehen oder sogar angehören. Das also ist unsere „vierte Gewalt“ im Staate, verdorben bis ins Mark. Und sie brüsten und spreizen sich immer noch, obwohl viele Menschen diese Schädlichkeit und Scheinheiligkeit inzwischen durchschaut haben. Die existentiellen Gefahren, die damit einhergehen, haben bisher nur wenige erkannt. Staatstrauer in der Westukraine bei den prowestlichen Separatisten, nachdem in der Ostukraine ein Militärflugzeug mit 49 Soldaten abgeschossen wurde. „Weltweite Bestürzung“, heißt es, „die Ukraine trauert“, „Kiew kündigt Vergeltung an“. Der von einem Teil der Ukrainer gewählte neue Präsident Poroschenko schickt seit Wochen Armeeeinheiten, Panzer und Kampfjets in die Ostukraine. Er ließ das Rathaus von Lugansk bombardieren und brüstet sich mit dem „Heldenmut“ seiner Soldaten. Die Ukraine gehört zu Europa, aber in welchem Jahrhundert leben wir hier?

Jetzt nennt Poroschenko den Abschuß der Militärmaschine einen „zynischen terroristischen Akt, der unbedingt bestraft werden wird“, Außenminister Deschtschiza bezeichnet den russischen Präsidenten Putin bei gewalttätigen Demonstrationen vor der russischen Botschaft in Kiew öffentlich als „Scheißkerl“. Der deutsche Außenminister Steinmeier fordert, die Verantwortlichen müßten zur Rechenschaft gezogen werden, US-Außenminister Kerry „macht Druck“, Merkel telefoniert mit Putin.

Dagegen war es keines Protestes und nur vereinzelter Meldungen in den Medien wert, als am 2. Mai von westukrainischen Nationalisten in Odessa das Gewerkschaftshaus niedergebrannt und 48 Privatpersonen ermordet, weitere 214 verletzt wurden. Über den Bürgerkrieg in der Ostukraine ist hauptsächlich dann etwas zu erfahren, wenn es gegen die „prorussischen Separatisten“ geht, wobei in der ARD fast immer dieselbe, offensichtlich voreingenommene Fernsehkorrespondentin namens Golineh Atai berichtet, in den Tagesthemen dann der ehemalige Moskau-Korrespondent und gleichfalls suspekter Moderator Thomas Roth, der das Ganze noch mit dem Duktus eines Allwissenden versieht.

In der verlusterten Tagesschau war Ende April auch zu erfahren, deutsche OSZE-Beobachter seien von den „prorussischen Separatisten“ als Geiseln genommen worden. Obwohl sehr bald bekannt war, daß

es sich um von der Kiewer Putschregierung eingeladene deutsche Militärbeobachter ohne OSZE-Mandat handelte, die in der Ostukraine als Spione festgehalten wurden, fälschten die meisten Medien tagelang die Fakten. Die für den Einsatz verantwortliche Ministerin von der Leyen begrüßte die nach achttägiger Haft heimgekehrten Soldaten auf dem Berliner Flughafen Tegel und sagte: „Ich finde es wichtig, daß wir uns nicht einschüch-



Von der BRD geht keine Gefahr aus:
Ursula von der Leyen bei „ihren Männern“ in Afghanistan

tern lassen.“ Die westlichen Beobachter-Teams bestünden aus hochprofessionellen Experten, deren Ziel es sei, Genaueres über das militärische Potential vor Ort herauszufinden, war zu vernehmen. Der „Übergangspräsident“ und US-Günstling Arsenij Jazenjuk wirft Rußland vor, den Dritten Weltkrieg anzetteln zu wollen. Europa im 21. Jahrhundert!

Von den Kämpfen in dem von der NATO zusammengebombten Libyen hören und sehen wir gar nichts mehr, aus Afghanistan immer weniger, über den Irak erst wieder mehr, seit dort die Terrortruppe „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ (ISIS) auf dem Vormarsch ist und Blutbäder anrichtet. Statt dessen hören und lesen wir, daß die Präsidentschaftswahlen in Syrien am 3. Juni von „verschiedenen arabischen Staaten“, von der syrischen Opposition im Exil sowie westlichen Politikern und Medien als „Farce“ angesehen werden, weil nur ein Teil der Syrer hätten wählen können. Die US-Regierung bezeichnet die Wahlen als „Schande“. Da stützt der politisch interessierte Bürger und erinnert sich, wie das kürzlich mit der Ukraine

war, als die Wahl von Poroschenko, an der nur ein Teil der Ukrainer teilnahm, als Gewinn für die ukrainische Demokratie gefeiert wurde.

Was für Politiker und Journalisten sind das, die versuchen, die Menschen für dumm zu verkaufen und derart zu indoktrinieren? Was ist das für ein verlogenes, verkommenes Pack? Wollen sie Krieg und wissen sie nicht, was das bedeutet? Lapidar heißt es: „Die ukrainischen Sicherheitskräfte setzen ihre Offensive fort“, bei Luftangriffen seien mehr als 50 Separatisten getötet und etwa 150 verletzt worden. Dann wieder erfahren wir: „Die Ukraine trauert.“ Um wen? Um ihre Soldaten, die Krieg gegen ihre Landsleute führen. Die von den USA installierte und unterhaltene Mörderbande in Kiew schreckt vor nichts zurück, aber „unsere“ Medien verharmlosen, lügen und hetzen gegen Rußland. Im Hintergrund agiert die CIA, schickt Söldnertrupps, koordiniert die Propaganda.

Barack Obama, der einstige Hoffnungsträger, entwickelt sich mehr und mehr zu einer Ausgeburt des Schreckens für die ganze Welt. Waren die Bush-Präsidenten schon furchtbar, scheint er sie inzwischen zu übertreffen. Er wird uns am 4. Juni vor einem amerikanischen Kampfjet auf polnischem Territorium präsentiert und warnt Rußland vor einer militärischen Intervention gegen westliche Staaten, für die es jedoch keinerlei Anzeichen gibt. Er verspricht eine Milliarde Dollar für die zusätzliche Stationierung von Truppen in osteuropäischen Ländern (in

die Destabilisierung der Ukraine wurden bis Dezember 2013 bereits fünf Milliarden Dollar „investiert“), während die Verelendung im eigenen Land zunimmt und die Staatsverschuldung auf die unvorstellbare Summe von 17,8 Billionen US-Dollar angewachsen ist. Er schwadroniert von Freiheit als kostbarem Gut, verspricht Polen, Litauen und Rumänien, die USA als „stärkste Militärmacht der Welt“ und die NATO stünden an ihrer Seite. Wir dürfen uns fragen: Zu welchem Zweck? Und was haben Obama und seine Militärmacht in Polen, Litauen und Rumänien zu suchen? Wer immer noch auf die Rechtschaffenheit der US-Regierung hofft, sollte das erschütternde Interview mit dem politisch unverdächtigen CDU-Politiker Willy Wimmer anhören. Er war mehr als drei Jahrzehnte Mitglied des Deutschen Bundestages, in den 80er und 90er Jahren verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, von 1994 bis 2000 Vizepräsident der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Wimmer kritisiert scharf die aggressive Außenpolitik der US-Regierung, insbesondere deren Haltung gegenüber Rußland, und er befürchtet, die USA wollten Europa in einen Krieg hineinziehen. Die deutsche Regierung – so meint Wimmer – sollte sich nicht für die egoistischen imperialen Ziele der USA instrumentalisieren lassen, die ein stabiles, prosperierendes Europa als Konkurrenz nicht dulden wollen. Und er stellt fest, daß die westeuropäischen Leitmedien jegliche Unabhängigkeit in der Berichterstattung verloren haben. Er spricht erschreckenderweise von „Restbeständen der Demokratie“ und einer „Endspiel-Zeit“. Es ist zu befürchten, daß er recht hat. Die US-Regierung mit der Rüstungs- und Erdöl-Lobby im Rücken geht im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen.

In wessen Hände sind wir geraten?

Die NSA (National Security Agency), eine Verbrecherorganisation, die im Auftrag der kriminellen US-Regierung die ganze Welt ausspäht und überwacht, darf unbehelligt weitermachen wie bisher. Wimmer sagt: „Diese Form von schleichernder Kontrolle zerstört unsere Gesellschaft.“ Anstatt sich um diese Ungeheuerlichkeit zu kümmern, fahren „unsere“ Politiker zur Fußball-Weltmeisterschaft nach Brasilien. Das ist ihnen wichtiger, wobei das Land ebenso wie 2008 China und 2014 Rußland während der dortigen olympischen „Spiele“ madig gemacht wurde.

Auch die Untersuchungen zum NSU (Nationalsozialistischer Untergrund), dem neun ausländische Mitbürger und eine Polizistin zum Opfer fielen, verlaufen im Sande; Beweise wurden vernichtet, die Haupttäter Mundlos und Böhnhardt sind unter seltsamsten Umständen ums Leben gekommen und samt Beweismaterial verbrannt, der unbequeme Vorsitzende des Untersuchungsausschusses und Geheimdienst-Kritiker Sebastian Edathy wurde „abgeschossen“. Es wird vertuscht, abgewiegelt, gelogen daß sich die Balken biegen, die Geheimdienste und der

Verfassungsschutz werden nicht reduziert, sondern ausgebaut.

Es ist bekannt, daß die deutschen Dienste mit der NSA zusammenarbeiten, aber die Bundeskanzlerin laviert oder hüllt sich in Schweigen, der Innenminister spricht von Antiamerikanismus, dem es zu begegnen gilt, der Außenminister warnt Putin. „In wessen Hände sind wir da geraten?“, fragt der frühere Bundestagsabgeordnete Albrecht Müller, Herausgeber des Internet-Portals NachDenkSeiten. Und der ehemalige SPD-Politiker und Bundesminister für Forschung und Technologie Andreas von Bülow vertritt die Auffassung: „In den Industriestaaten, deren Bevölkerung die Komplexität der Lebensverhältnisse kaum noch durchschaut, lassen sich mit dem Instrumentarium der manipulierten Demokratie inzwischen Ergebnisse erreichen, die denen einer Diktatur in nichts nachstehen.“

Die Menschen werden überwacht und manipuliert, sie werden drangsaliert, abgezockt, in Kriege, Mord und Totschlag verwickelt, die Demokratie wird nach und nach abgeschafft. Aber das alles wird als Normalität vermittelt. Die Medien versagen, ein großer Teil der Bevölkerung verblödet oder zieht sich ins Private zurück. „Was kümmert’s mich, solange es mir gutgeht“, ist zu hören. Oder: „Sie sind sowieso alle korrupt ...“ Viereinhalb Millionen Hartz-IV-Empfänger, Kinderarmut, ein Viertel der deutschen Bevölkerung lebt unterhalb oder am Rande des Existenzminimums. Nachts im Fernsehen: Blut und Sperma, Dreck und Horror: in den Kinderzimmern – soweit vorhanden – Kitsch und Kram.

In den Mittelmeerstaaten sind mehr als fünfzig Prozent der jungen Menschen arbeitslos, ein Rettungspaket nach dem anderen wird verabschiedet: Geld für die Banken. Jetzt hat der NATO-Generalsekretär Rasmussen die Mitgliedstaaten der Militärallianz aufgefordert, angesichts einer „neuen Sicherheitslage in Europa“ ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen.

„Wir brauchen die richtigen Fähigkeiten, um eine glaubwürdige Verteidigung beibehalten zu können“, sagt er. Der unsägliche Bundespräsident Gauck verlangt „ein Ja zu einer aktiven Teilnahme an Konfliktlösungen im größeren Rahmen“, auch mit militärischen Mitteln. Die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten, in den Städten und Gemeinden werden viele der sozialen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte abgebaut.

Und die Medien sind bei der Fußballweltmeisterschaft dabei, Frau Merkel jubelt in Brasilien: Brot und Spiele, wie gehabt. Auch der Adel und die Monarchien sind wieder en vogue. Ständig werden wir über die Majestäten und ihre untauglichen Abkömmlinge auf dem laufenden gehalten. Die Proteste Zehntausender Anti-Royalisten, zum Beispiel kürzlich gegen die Inthronisation des spanischen Infanten Felipe, werden beiläufig erwähnt. Aufstände in Bahrain oder in der Türkei sind kaum der Rede wert, Obama grinst in die Kamera. Daß viele Hoffnungen durch Morde an Politikern wie Patrice Lumumba, Salvador Allende oder Olof Palme zunichte gemacht wurden, ist lange vergessen. Hofberichterstattung ist angesagt, auf allen Gebieten, die Bevölkerung wird abgelenkt, mit Halbwahrheit, Lügen und Hetze bombardiert. Wer nicht mitmacht, wer sich querstellt, wird fertig gemacht. Die Restauration marschiert, und wir gucken erschüttert und von Tag zu Tag wütender zu. Was sollen wir tun? Was können wir? Ändert sich etwas, wenn wir protestieren? Wir können nicht anders, wir müssen protestieren, um nicht schuldig zu werden. Obwohl wenig Hoffnung besteht, daß sich in absehbarer Zeit etwas zum Positiven ändert.

Dr. Wolfgang Bittner, Göttingen

Der Autor, der diesen Beitrag am 16. Juni öffentlich machte, ist Jurist und Schriftsteller. Zuletzt erschien sein Roman „Hellers allmähliche Heimkehr“.

Die Überschriften sind vom RF.



Dieses Foto aus dem Gestapo-Archiv zeigt einen Teil der über 7000 am 30. Juni 1941 unweit von Lemberg (heute Lwiw) durch ukrainische SS-Einheiten massakrierten jüdischen Kinder, Frauen und Männer.



Aufmarsch der faschistischen Putsch-Partei Swoboda in Lwiw. Die Losung lautet: „Bandera, Schuchewitsch – unsere Helden!“ Beide hatten jahrelang die Mordkommandos der ukrainischen SS-Banden befehligt.

Vor 20 Jahren endete der Abzug der russischen Westgruppe Gorbatschows und Jelzins Geschenk für Kohl

Am 31. August jährte sich zum 20. Mal jener Tag, an dem der Abzug der Westgruppe der russischen Streitkräfte aus Deutschland sein Ende fand. Mitte Juli 1990 war der Auflösungsprozeß der DDR so weit vorangeschritten, daß Gorbatschow beim Treffen im Kaukasus dem Bonner Kanzler Kohl nicht nur den Weg für deren Anschluß an die BRD freigab, sondern auch dem Verbleib des um ein Drittel vergrößerten Deutschlands in der NATO zustimmte. Der prinzipien- und würdelose Verkauf der DDR wurde damit zur politischen Realität. Als besonders verwerflich muß die Tatsache betrachtet werden, daß der Renegat im Kreml den einst treuesten Verbündeten der UdSSR der ungehemmten Rache der Sieger überließ.

Ein wichtiger Aspekt der Verhandlungen zwischen Gorbatschow und Kohl war die Rückführung der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte (WGS). Diese sollte innerhalb von drei bis vier Jahren bei finanzieller Unterstützung durch die BRD erfolgen.

Obwohl der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ (Zwei-plus-vier-Vertrag) erst am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde, befahl der „Minister für Abrüstung und Verteidigung“, Rainer Eppelmann, der NVA bereits am 25. Juli, ein Stabsorgan mit der Bezeichnung „Abteilung Zentralaufgaben/Zusammenwirken mit der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte“ (WGS) zu formieren. Die Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit war bis zur Eingliederung des Territoriums der DDR in die BRD der Vertrag vom 20. September 1955 über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR sowie die Offizielle Vereinbarung über Fragen, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR verbunden waren. Beim Oberkommando der Westgruppe in Wünsdorf wurde ebenfalls ein Sonderstab für Fragen des Abzugs eingerichtet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der beiden Stabsorgane verlief in der für uns NVA-Offiziere gewohnt freundlichen und sachlichen Atmosphäre. Der Abzug sollte planmäßig, in Ruhe und Ordnung sowie für die Angehörigen der WGS in Würde verlaufen. Unser Abschiedsmotiv lautete: „Macht’s

gut, sowjetische Waffenbrüder, und vergeßt nicht: Ihr hattet in der DDR gute und zuverlässige deutsche Freunde.“ Wir hegten die Hoffnung, daß unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion helfen könnten, auch zu Rußland gedeihliche Verbindungen zu entwickeln.



Eine sowjetische Infanterieeinheit auf dem Weg zur Leningrader Front 1942

Die Verlegung der 7. und der 12. Panzerdivision der WGS aus der DDR in die Sowjetunion war ein einseitiger Abrüstungsschritt. Die Rückführung beider Divisionen begann am 25. August 1990. Die Vorbereitung der Transportsicherstellung für die WGS war die größte Herausforderung, die das Militärtransportwesen der NVA je zu bewältigen hatte. Zu verlegen waren die 1. Gardepanzerarmee Dresden, die 2. Gardepanzerarmee Fürstenberg, die 3. Stoßarmee Magdeburg, die 8. Gardearmee Nohra (Weimar), die



Rotarmistinnen 1942

20. Gardearmee Eberswalde und die 16. Luftarmee Wünsdorf sowie der Stab der Westgruppe mit unmittelbar unterstellten Verbänden und Truppenteilen. Hinzu kamen etwa 120 selbständige Brigaden, Regimente und Bataillone. Im Ganzen handelte es sich um 550 000 Militärpersonen und deren Familienangehörige.

Eine konkrete Planung der Transportsicherstellung war ohne Beteiligung der WGS nicht realisierbar. Am 3. Oktober 1990 ging die Befehlsgewalt in Sachen NVA an den Bundesminister der Verteidigung der BRD über. Im Unterschied zur Bundeswehr hatte sie nie einen Krieg geführt und war auch nicht daran beteiligt. Sie wird deshalb früher oder später ihren verdienten Platz in der deutschen Militärgeschichte finden. Schon tags darauf nahm ein Stabsorgan der Bundeswehr unter der Bezeichnung „Deutsches Verbindungskommando zu den Sowjetischen Streitkräften in Deutschland“ in den Räumlichkeiten unserer Abteilung Zentralaufgaben/Zusammenwirken seine Tätigkeit auf. Die NVA-Abteilung wurde kurzerhand in dieses Verbindungskommando integriert, wobei alle Führungspositionen erwartungsgemäß von „alten“ Bundeswehroffizieren besetzt wurden. Allerdings hatten etwa 70 % des Personalbestandes ihre Wurzeln in der NVA. Die Bundeswehrführung hatte erkannt, daß der begonnene Abzug der sowjetischen Truppen von den Militärtransportorganen der NVA, der WGS und dem Bereich spezielle Transport- und Bauaufgaben des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR hervorragend organisiert und geführt worden war. Das hohe Tempo entsprach voll und ganz den Wünschen der Bundesregierung. Man wollte „die Russen“ so schnell wie möglich aus Deutschland weghaben, da man sich trotz der Verträge nicht sicher war, welche politischen Entwicklungen sich in Moskau vollziehen könnten.

Das Stationierungsabkommen mit der DDR hatte am 3. Oktober 1990 seine Gültigkeit verloren. Neue Grundlage wurde nun der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“.

Die neue Führung mit ihrem Chef, Generalmajor Foertsch, war sehr bemüht, keine Zeit zu verlieren.

Im Gegensatz zur verschärften Fortsetzung des ideologischen Krieges gegen alles, was mit der DDR in Verbindung zu bringen war, verhielt man sich zu uns ehemaligen NVA-Angehörigen korrekt. Schon

am 5. Oktober mußte ich über Organisation, Planung und Stand des Abzugs der WGS Meldung erstatten.

Foertsch war klug genug, das sich reibungslos bewegendes Gesamtsystem der Transportsicherstellung unverändert zu lassen. Es kam jedoch zum Konflikt. Die Ursache dafür war, daß sich der Oberkommandierende der WGS, Armeegeneral Snetkow, weigerte, ihn zu empfangen. Von sowjetischer Seite erfuhr ich, daß Snetkow den Namen Foertsch nicht grundlos mit der Leningrader Blockade durch die faschistische Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges in Verbindung brachte. 900 Tage lang war die Stadt an der Newa den massiven Angriffen und dem direkten Beschuß der faschistischen Wehrmacht ausgesetzt. Dabei kamen mehr als eine Million Leningrader, vor allem Frauen, Kinder und Alte, durch die Kampfhandlungen, Hunger, Kälte und Entbehrungen ums Leben. Auch Armeegeneral Snetkow hatte in der Stadt Angehörige verloren. Der

Vater „unseres“ Generalmajors – Friedrich Foertsch – aber wurde am 1. Juni 1942 zum 1. Generalstabsoffizier der 18. Armee und ab Dezember 1943 zum Chef ihres Generalstabs ernannt. Von Hitler war dieser die Aufgabe zugewiesen worden, Leningrad einzunehmen. Nach dem Scheitern dieses Planes erging der Befehl, die Stadt systematisch zu zerstören.

Foertsch sen. wurde noch am 25. Januar 1945 zum Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Kurland ernannt, mit dem Ritterkreuz dekoriert und am 1. März 1945 zum Generalleutnant befördert. Bei Kriegsende geriet er in sowjetische Gefangenschaft und wurde wegen Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Ergebnis der Adenauer-Reise nach Moskau übergab die UdSSR ihn 1955 als nichtamnestierten Kriegsverbrecher den Bonner Behörden, die ihn sofort als Generalmajor in die Bundeswehr eingliederten. 1961 wurde er deren Generalinspekteur. Armeegeneral Snetkow aber löste man am 12. Dezember 1990 stillschweigend ab.

In der Planungsperiode für den weiteren Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT), wie die WGS jetzt hieß, hielt ich mich zweimal wöchentlich in Wünsdorf auf. Das mußte wohl das Unbehagen des Stabschefs, Oberst i. G. Freiherr von Grote, ausgelöst haben. Jedenfalls schickte man mir einen Hauptmann des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) als Überwacher mit. Das war für mich eine neue Erfahrung. Der Herr Oberst konnte sich wohl nicht vorstellen, welche Mühe es bereitete, die Verlegung von zwei

Armeen in einem Jahr mit Transportentfernungen von weit über 1000 Kilometern zu planen. Ab 1. Januar 1991 war Schluß damit. Die BRD nahm nun ihre hoheitlichen Rechte gegenüber der WGT wahr. Mit anderen Worten: Die russische Seite mußte fortan jegliche Verlegungen bei



Echte Freundschaft: Angehörige der Sowjetarmee bei Schülern aus dem anhaltinischen Löderburg

der Transportleitstelle OST der Bundeswehr anmelden.

Der Endtermin des Abzugs wurde vom 31.12.1994 auf den 31.8. vorverlegt. Der Nutzen für die WGT war gleich Null. Die Unterbringungsprobleme der zurückkehrenden Truppen wurden dadurch sogar noch verschärft. Am 10. Jahrestag ihres Abzugs schrieb Viktor Litowkin von „RIA Nowosti“, es habe sich um einen „Rückzug auf die grüne Wiese“ gehandelt. Generaloberst Burlakow, letzter Oberbefehlshaber der Westgruppe, vertritt die Meinung, der Truppenabzug habe eher einer Flucht geglichen. Schuld daran seien Gorbatschow und Jelzin, der seinem Freund Helmut Kohl gefällig sein wollte. Noch drei Jahre nach der Rückkehr hausten ganze Truppenteile samt Familien mit Kindern in Zelten und Containern.

Der überstürzte Abzug aus Deutschland und die dubiosen Entscheidungen von Politikern und Militärs in Moskau, aber auch das zeitweilige Machtvakuum erwiesen sich für die BRD als Hauptgewinn. Ihr war der Weg geöffnet worden, im Interesse des deutschen Kapitals wieder zu einer europäischen Großmacht aufzusteigen. Für Rußland hatte die Räumung dieser strategischen Position verheerende Auswirkungen, besonders im Hinblick auf seinen Platz und seine Rolle in Europa und der Welt. Abgezogen wurden allein 4209 Panzer, 8208 gepanzerte Kampffahrzeuge, 3682 Artilleriesysteme, 691 Flugzeuge, 683 Hubschrauber und 677 032 Tonnen Munition. Die offiziellen Verabschiedungsfeierlichkeiten begannen

am 31. August 1994 mit einer Militärparade in Berlin und setzten sich mit einem Staatsakt im Schauspielhaus, Zeremonien am Treptower Ehrenmal und Empfängen fort. Die Feierlichkeiten wurden indes nicht zu einer gemeinsamen Angelegenheit aller Siegermächte der Antihitlerkoalition. Die Russen wollten es zwar, fanden aber bei ihren einstigen Verbündeten kein Gehör.

Besonders bedauerlich ist die Tatsache, daß sich die Regierung der BRD nicht dafür eingesetzt hat, daß das Museum der WGT mit dem Diorama „Sturm auf Berlin“ in Wünsdorf verbleiben konnte. Das wäre eine Geste gegenüber Rußland gewesen und hätte für die Deutschen einen Ort der Erinnerung, der Mahnung, der Erziehung und des Gedenkens an die Millionen Opfer geschaffen. Einst hatte die Regierung der DDR der WGS den Rundbau für das Diorama zum Geschenk gemacht.

Mit der Einholung der Fahne der Russischen Föderation in Wünsdorf endete am 9. September 1994 die 49jährige Geschichte der Westgruppe der sowjetisch-russischen Streitkräfte in Deutschland.

In seiner politischen Bedeutung war der Truppenabzug ein welthistorisches Ereignis, in dessen Folge sich der Machtbereich der NATO beträchtlich nach Osten verschob. Die Russische Föderation, deren Vorgängerstaat die Hauptlast bei der Erringung des Sieges über den deutschen Faschismus getragen hatte, verlor mit dem Untergang der Sowjetunion an weltpolitischem Einfluß. Heute gilt sie wieder als Großmacht. Doch für Moskau ist es schmerzlich, bedenklich und gefährlich, daß sich das imperialistische Paktsystem bis an die russischen Westgrenzen ausgedehnt hat. Angesichts der 27 Millionen Toten des Großen Vaterländischen Krieges gegen Hitlerdeutschland muß man die Ängste des Volkes verstehen.

Die Bundesrepublik Deutschland hingegen stieg zu einer europäischen Führungsmacht ersten Ranges auf. Obwohl sie inzwischen keine Grenzen mit generischen Staaten mehr hat, wurde ein neues Feindbild geschaffen. Es ist das alte. Am verhängnisvollsten aber ist die Tatsache, daß Bundesregierungen unterschiedlicher politischer Farbe nach dem Abzug der WGT den Krieg wieder zu einem Mittel deutscher Außenpolitik gemacht haben. Eine gefährliche und fatale Fehlentwicklung.

**Oberst a. D. Dr.-Ing. Wolfgang Feix,
Wassenberg**

Unser Autor war der letzte Chef des Militärischen Transportwesens der NVA.